

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Abzugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S 42, Luisenauer 1. Tel. Mpl. 3725
Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgesp. Millimeterzeile 0,15 G.-M., Reklamezeile, zweisp. Millimeterzeile 0,60 G.-M. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettdruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. Alleinstige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G.m.b.H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 16. Fernsprecher: Lützow 8854 u. 4759. Postcheckkonto Berlin 47910.

Zollschutz oder Freihandel?

Solange Deutschlands Währung tiefer stand als die seiner Nachbarländer gehörte die Einfuhr ausländischer Waren — mit einigen Ausnahmen — zu den Seltenheiten, im Gegenteil, es fand ein Ausverkauf deutscher Waren statt. Aus diesen zwei Gründen: Teuerung der Auslandsware und Knappheit der Inlandsware entstand bei uns jene bekannte Monopolstellung der Erzeuger mit der Tendenz zur künstlichen Hochhaltung der Preise.

Jetzt hat sich das Bild gewendet, die meisten Auslandswährungen stehen tiefer als die deutsche und die hierdurch wieder ermöglichte Einfuhr billigerer Waren aus dem Ausland „bedroht“ die Monopolpreise der Kartelle.

Die Konsumenten begrüßten diese preisregulierende Wirkung der Weltmarktkonkurrenz, die Produzenten erhoben sofort ein großes Geschrei nach Schutzzöllen, um die lästige Konkurrenz loszuwerden und weiter in dem alten Schlendrian fortwursteln zu können.

In vorderster Front standen dabei die Agrarier und ihre gelehrigen Schüler, die Gartenbauern. Das hat uns nicht überrascht, weil sie schon Ende 1920 diese Frage einmal angeschnitten haben. Wir antworteten darauf am 22. Januar 1921 in unserem „Gärtner-Fachblatt“, daß wir Gegner jedes Schutzzolles seien, weil er automatisch verteuern wirke, zu Gegenmaßnahmen der betroffenen Ausfuhrländer führe und damit letzten Endes unsere eigene Volkswirtschaft schädige. Überdies seien die Boden- und Naturschätze der Welt doch so verschieden verteilt, daß man sie zum Wohle der Völker untereinander austauschen müsse, woraus sich ergäbe, daß es im Zeitalter des Welthandels zwecklos sei, sich durch hohe Schutzzollmauern voneinander abzuschließen, nur um hinter diesen irgend ein Gewerbe aufzupäppeln, das gar nicht bodenständig sei und folglich auch keine Daseinsberechtigung, mindestens aber nicht den Anspruch auf Rentabilität habe.

Neuerdings war nun die Angelegenheit dadurch besonders akut und auch interessant geworden, daß die Agrarier mit ihrem Anhang ein Schutzzollgesetz im verflorsten Reichstag einbringen ließen, das aber durch den Widerstand der Sozialdemokraten unter den Tisch fiel. Der Kampf um das Problem wird aber im neuen Reichstag wieder entbrennen, und die Drahtzieher weisen schon jetzt in Wort und Schrift darauf hin, daß auch die Arbeiter für Zollschutz stimmen müßten, weil sie sonst infolge Niederganges der deutschen Wirtschaft um ihr Brot kämen! Dieses Gespenst des Zusammenbruches irgend eines Berufs, wenn man ihm nicht seine Sonderwünsche erfüllt, gehört in Deutschland schon seit Jahrzehnten zum eisernen Bestand, besser Ladenhüter, aller Eingaben von Interessenten an Regierung, Parlament usw., braucht also nicht ernst genommen zu werden; anders liegt es dagegen mit dem Bestreben, die Arbeiter als Vorspann für schlecht verhählte kapitalistische Bestrebungen zu benutzen. Hier muß Klarheit geschaffen werden, deshalb kurz folgendes:

Im Jahre 1913 betrug der Preis für eine Tonne (20 Ztr.) Roggen in New York 109 M., für Weizen 160 M., in Berlin 164 M. bzw. 199 M. Der Zollsatz von 50—55 M. je Tonne kam also lediglich den deutschen Großagrariern als Körnerfruchtanbauern zu gros zugute. Er steigerte natürlich auch den Wert des Grund und Bodens, dessen höhere Verzinsung wiederum Preissteigerungen des Getreides nach sich zog. Also ein ähnlicher Vorgang wie bei der Inflation, der scheinbare Gewinn ging für höhere Produktionskosten drauf, den Schaden hätten lediglich die Konsumenten, deren Löhne nicht mit den Brotpreisen und den ihnen unmittelbar folgenden anderen Lebensmittelpreisen Schritt hielten. Die dann erzwungenen Lohnsteigerungen wurden aber nur selten aus der Profitrate abgestoßen, sondern von den Unternehmern wieder als Vorwand zur Erhöhung der Preise industrieller Artikel benutzt, und diese belasteten rückwirkend die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel. Also ein falscher Zirkel ohne Ende.

Obendrein führen Schutzzölle, noch zur Vernachlässigung der Bewirtschaftung, denn man erzielt ja mit einer geringeren Menge, die höhere Preise bringen, dieselben Einnahmen wie umgekehrt. Das zeigt sich nicht nur bei unseren Landwirten, sondern vor allem sehr deutlich bei der deutschen Automobilindustrie. Die Auslandskonkurrenz war durch eine Einfuhrsperre ausgeschaltet, folglich gab es Monopolpreise, die auch den technisch zurückgebliebenen Firmen ihre Existenz ermöglichten und damit den Fortschritt der gesamten Industrie drosselten, während z. B. Henry Ford seine Jahreserzeugung auf 2,2 Millionen Wagen steigerte. Diese Konkurrenz erschreckt natürlich die hiesigen Fabrikanten, statt aber die Technisierung auf Ford'scher Basis durchzuführen, verlangen sie auf Wagen, die im Ausland 5439 M. kosten, 6000 M. Zoll usw. Die Folge wird ein noch stärkeres Zurückgehen der Autos sein, während letztere im Ausland mehr und mehr zum Volksverkehrsmittel werden und dadurch wieder belebend auf die gesamte Industrie einwirken.

Da aber Industriezölle die landwirtschaftliche Produktion ebenfalls verteuern, wenden sich neuerdings sogar Autoritäten, wie die Professoren Aereboe und Sering dagegen. Ersterer sagt in Nr. 9 der „Deutschen landwirtschaftlichen Presse“, die deutsche Volkswirtschaft hätte vielmehr das weitestgehende Interesse an einer restlosen Mechanisierung, Rationalisierung und Intensivierung der Landwirtschaft, als ihr durch Zölle das Leben bequem zu machen und den Fortschritt zu hindern.

Sering dagegen führte am 24. Oktober 1924 im Deutschen Landwirtschaftsrat aus, daß die Industriewarenpreise gesenkt werden müßten, damit die Landwirtschaft billiger arbeiten könne. Folglich sei er jetzt Gegner der Industriezölle, und da man solche nur einführen könne, wenn gleichzeitig Agrarzölle erhoben würden, so entfielen letztere für ihn auch. Das ist auch unsere Auffassung, und wir können die Reichsregierung nicht verstehen, die ihre eigene Preissenkungsaktion durch Einführung neuer Zölle durchkreuzt. Das sind keine theoretische Annahmen, denn schon die bloße Ankündigung späterer Getreidezölle hat eine Preistreiberi schlimmster Art zur Folge gehabt, die alle Steuerermäßigungen u. dgl. wieder aufhebt und umfangreiche Lohn-erhöhungen nach sich ziehen muß, welche im Falle der Ausschaltung der preisregulierenden Weltkonkurrenz mittels Zöllen wahrscheinlich von den Unternehmern wieder auf die Konsumenten abgewälzt würden. Da Deutschlands Anbaufläche infolge der Abtretungen östlicher Provinzen erheblich verkleinert, seine Bevölkerung aber nicht gleichlaufend verringert worden ist, müssen wir heute ganz naturgemäß noch mehr Brotgetreide u. dgl. aus dem Auslande einführen, wie in Friedenszeiten, das durch Zölle so verteuert werden würde, daß die Volksgesundheit erheblich darunter leiden müßte. Die Aufwendungen für Nahrungsmittel machten vor dem Kriege in Familien mit niedrigem Einkommen etwa 67—71 Proz. ihrer Einnahmen aus, heute ist diese Ziffer infolge der furchtbaren Einschränkungen erheblich gesunken, dafür aber die Tuberkuloseziffer gewaltig gestiegen und die Geburtenziffer ebenso zurückgegangen. Noch an dem Tage der Einbringung der letzten verunglückten Zollvorlage forderte die Regierung die Ärzte amtlich auf, die Fälle wirklichen Hungertodes nicht zu bemänteln, sondern schonungslos aufzudecken, damit das Ausland ein klares Bild deutscher Verhältnisse bekomme, und damit hygienische Maßnahmen für das Allgemeinwohl getroffen werden könnten.

Ist mit diesen Tatsachen vielleicht der Schutzzoll zu vereinbaren? Man sehe sich nur die Zahlen über den Gesundheitszustand unserer Schulkinder in den Denkschriften des preußischen Wohlfahrtsministeriums an, und man wird verstehen, daß gerade gegenwärtig ein Schutzzoll noch viel verheerender als vor dem Kriege wirken müßte. Der „Deutsche Erwerbsgartenbau“ Nr. 31 versteigt sich zwar zu der Behauptung, daß Zölle nie in ihrer ganzen Belastung vom inländischen Verbrauch ge-

tragen, sondern teilweise auf das Ausland abgewälzt würden, aber Prof. Diel schrieb im August 1924 im Leiborgan der Agrarier, der „Deutschen Tageszeitung“: „Mit dem agitatorischen Schwindel, daß das Ausland die Zölle trägt, brauchen wir uns in einer wissenschaftlichen Diskussion nicht aufzuhalten. Selbstverständlich müssen die Agrarzölle zu einer Erhöhung des Brotpreises führen, sonst verfehlen sie ihren Zweck“!!! Deutlicher kann man wohl kaum reden, wenn nicht schon die Tatsachen bewiesen, daß die deutschen Getreidepreise sich von ihrem Tiefstand zu Beginn des Jahres (85 % des Friedensstandes) auf 150 % emporgeschwungen haben und damit die von den Agrariern auf 130 % der Vorkriegszeit berechneten Gesteungskosten vollauf decken.

Infolge dieser Preisentwicklung ist die Zollbegeisterung der bürgerlichen Mittelparteien erheblich gesunken, wie man jederzeit aus Artikeln ihrer Presse und Äußerungen prominenter Vertreter entnehmen kann. Neben dem Vorstand des Deutschen Außenhandelsverbandes haben auch der Deutsche Städtetag und der überall bekannte Verein für Sozialpolitik sich auf ihren letzten Tagungen gegen jeden Schutzzoll ausgesprochen. Das ist um so bemerkenswerter, als unter der Schar der dem zuletzt genannten Verein angehörenden prominenten Professoren der Nationalökonomie auch solche sind, die früher Zollfreunde waren, darunter der von uns schon eingangs erwähnte Professor Sering, ferner Prof. Dr. L. Heyde u. a., die dann auch in sehr lesenswerten Artikeln nachwiesen, warum heute der Übergang vom Schutzzoll zum Freihandel nötig sei. Es fehlt uns an Platz, Zitate daraus hier wiederzugeben, deshalb wollen wir nur ganz kurz darauf hinweisen, daß England und Holland schon lange Zeit Freihandelsstaaten sind, ohne daß ihre Volkswirtschaft darunter gelitten hat. Im Gegenteil hat sich z. B. in Holland der Gartenbau glänzend entwickelt. Interessant sind vor allem die Zusammenhänge zwischen hoher Bodenrente und niedrigem Lohn bzw. umgekehrt und die Vorschläge für Abhilfe der Agrarkrise, die eine internationale, mit der mangelnden Kaufkraft Mitteleuropas, mit dem Zusammenbruch Rußlands usw. zusammenhängende Erscheinung sei. Sogar der verstorbene Staatssekretär Helfferich hat in seinen wissenschaftlichen Werken stark gegen jeden Schutzzoll Stellung genommen und u. a. gesagt, daß nur diejenigen Landwirte daran interessiert seien, die mehr Getreide bauten, als sie selbst verbrauchten, also 25 000 Grundbesitzer mit mehr als 100 Hektar, während die übrigen drei Viertel aller Landwirte keinen Vorteil davon hätten.

Ein weiteres agrarisches Dokument wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten, weil es in geradezu prachtvoller Weise die Notwendigkeit des Freihandels beleuchtet, gleichzeitig aber auch zeigt, welch große Gefahren für die Wohlfahrt der Völker in ihrer künstlichen Abschließung auf Grund verfehlter nationalistischer Theorien liegen. In den Mitteilungen der Bayerischen Landesbauernkammern schreibt nämlich ein Dr. C. Stiegler am 10. Nov. u. a. folgendes:

„Das wichtigste Argument, das gegen die Schutzzölle allgemein ins Feld geführt wird, ist die Behauptung, daß Schutzzölle das Prinzip der internationalen Arbeitsteilung hemmen. Gewiß, das ist richtig. Aber man bedenke, daß die uneingeschränkte Anwendung des Prinzips der internationalen Arbeitsteilung, so richtig dieses Prinzip in theoretisch betrachtet ist, da es den größtmöglichen Nutzeffekt der Weltwirtschaft gewährleisten würde, in der Praxis nicht anwendbar erscheint. Warum? Weil es zur Voraussetzung eine die ganze Erde umschließende pazifistische Völkerfamilie haben müßte. Das ist nicht der Fall. Die kulturelle Entwicklung der Völker vollzieht sich immer noch in nationalem Rahmen und demgemäß sind auch alle Volkswirtschaften, so sehr auch das Zeitalter des Verkehrs sie weltwirtschaftlich verflochten hat, national eingestellt.“

Also, was wir einleitend aus dem „Gärtnerfachblatt“ zitierten, wird hier zugegeben! Die verschiedenen Produkte der verschiedenen Länder sind für alle Menschen da. Ihre internationale Ausnutzung würde den höchsten Nutzeffekt der Weltwirtschaft ermöglichen und damit zum Segen aller Menschen gereichen, aber — gewissen Leuten ist dies ein Dorn im Auge, deshalb verletzen sie die Völker und verhindern ein glückliches, harmonisches Zusammenleben alles dessen, was Menschenantlitz trägt zum höheren Ruhme der „christlichen“ Weltauffassung.

Damit wollen wir die allgemeinen Erörterungen über dieses Thema schließen, denn wir glauben, den Beweis erbracht zu haben, daß Schutzzölle für die große Mehrheit des Volkes schädlich sind, woraus sich für uns als Gewerkschaften die Pflicht ergibt, sie zu bekämpfen und zu verhindern. Auf die rein gärtnerische Seite der Angelegenheit kommen wir in der nächsten Nummer zurück.

Entgegnung der Gewerkschaften zur Kundgebung der Industrie betr. Preisabbau, Arbeitszeit und Löhne.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber versuchen seit der Reichstagsauflösung dem deutschen Volke zu beweisen, daß die heutige wirtschaftliche Lage die Abkehr von der seit Jahren in Deutschland eingeschlagenen sozialen Richtung bedingt. In einer gemeinsamen Kundgebung suchen der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Preis- und Lohnpolitik zu rechtfertigen, die notwendigerweise die schwersten Wirtschaftskämpfe nach sich ziehen muß. Ausgehend von der Schilderung der durch den Krieg und die Nachkriegszeit verursachten Notlage unseres Volkes wendet sich die Kundgebung gegen die bisherige Steuer-, Verkehrs- und Sozialpolitik des Reiches und gegen jede internationale Bindung auf dem Gebiete der Arbeitszeit. Man fordert durchgreifende Erleichterung der die Unternehmungen unmitteibar treffenden Steuern und Verkehrstarife, die restlose Wiederherstellung der Vorkriegsarbeitszeit und Verhinderung jeder Lohnsteigerung. Die Erfüllung dieser Forderungen machen die Arbeitgeber zur Voraussetzung für ihr Mitwirken beim Preisabbau.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer haben gegen dieses Vorgehen entschiedenen Protest erhoben und darauf hingewiesen, daß Industrie und Handel heute infolge verschiedener Erleichterungen des Dawes-Gutachtens unter günstigeren Verhältnissen arbeiten als früher. Die Steuererleichterungen und Frachtermäßigungen für die Arbeitgeber haben keine Senkung der Preise gebracht, die meisten Steuern hätten während der Inflation die Arbeiter gezahlt. Massenentlassungen haben die Unternehmer entlastet, die Arbeiter ins Elend gestürzt. Und trotzdem immer noch Lohndruck und Verschlechterung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften protestieren gegen den Raubbau der Zwölfstundenschicht und fordern Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, um die körperlichen, geistigen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen sicher zu stellen. Die Wiedererstarkung Deutschlands sei auch das Ziel der Gewerkschaften, sie dürfe aber nicht allein auf Kosten der Arbeiter erfolgen.

Die Arbeiter und Angestellten werden sich weder durch Versprechungen noch Drohungen in der Vertretung ihrer gewerkschaftlichen Grundsätze und Errungenschaften beirren lassen. Sie wissen, daß starke Gewerkschaften den besten Schutzwall bilden gegen die wahrlich nicht auf papierne Kundgebungen beschränkten arbeiterfeindlichen Absichten des Unternehmertums.

Die Kunst, reich zu werden, ist im Grunde nichts anderes, als die Kunst, sich des Eigentums anderer Leute mit ihrem guten Willen zu bemächtigen. Wieland.

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe!

Die christlich-nationale deutsche Gärtnerzeitung bringt am 15. November wörtlich folgende Versammlungsberichte:

„Oels: ... Herr Gartenbauinspektor Strehle sprach sodann in sehr fesselnder Weise über „Die Pflanze im Herbst“. Es war ein Genuß, dem Redner zuzuhören und seine Kenntnisse erweitern zu können. Ihren Abschluß fand die Tagung mit einem kräftigen, die Ergebnisse der Ausstellung und Versammlung zusammenfassenden Schlußwort des Kollegen Geier. Dann trat die Gemütlichkeit in ihre Rechte, wobei auch das Tanzbein bis in vorgerückte Stunden hinein geschwungen wurde. F. Böhm.“

„Eine öffentliche Versammlung mit Tanz.“ Dieses kaum glaubliche Stückchen leistete sich die Ortsverwaltung des roten Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter am 24. Oktober in Breslau. — Es wirft doch ein recht bezeichnendes Licht auf die „gewerkschaftliche Überzeugung“ der roten Mitglieder, wenn sie nur mit „Vergnügen“ oder „Tanz“ anlocken sind.“

Also, Herr Geier von der deutschvölkischen Gärtnersektion des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter hält in Oels bei Breslau eine Versammlung ab, in der nach Schluß das Tanzbein bis in vorgerückte Stunden geschwungen wird. Das hält er für notwendig und einwandfrei. Wenn aber der Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter in Breslau eine Versammlung abhält, wobei im Anschluß ein gemütliches Beisammensein folgt und einige musikbegabte Kollegen auch zum Tanz aufspielen, dann ist das ein Verbrechen und muß am Schandpfahl öffentlich gebrandmarkt werden. Wenn sich dabei Herr Geier im obigen Zusammenhang selbst ohrfeigt, so mag das auf seine Tollpatschigkeit zurückzuführen sein: Jeder bliamiert sich eben, so gut er's kann!

Mit der Wahrheit hat bekanntlich Herr Geier von jeher auf gespanntem Fuße gestanden. Das beweist auch sein folgender Bericht über unsere Versammlung. Er redet großschnäuzig von

40 anwesenden christlichen Mitgliedern, von ihrer Redezeitbeschränkung, Terror und Klassenkampf. Das sind alte Ladenhüter christlich-nationaler Kampfesweise. Geben wir daher im Gegensatz zu Herrn Geier der Wahrheit die Ehre! Unsere fragliche Breslauer Versammlung war von 230 Personen besucht. Die Christen waren offiziell von uns schriftlich eingeladen. Daraufhin haben sie selbst besondere Einladungen angefertigt, um ihre gesamten Anhänger auf die Beine zu bringen. Einen Sammelpunkt hatten sie in einem anderen Lokal geschaffen, von wo sie dann abends 8 Uhr geschlossen in Massen in unsere Versammlung einmarschieren wollten. Das mißlang ihnen! Der Unterzeichnete hielt dann einen einstündigen Agitationsvortrag, wobei die Christen durch Zwischenrufe zu stören versuchten. In der Aussprache folgten zunächst drei christliche Redner, Bückner mit 40 Min., Geier und Susicki mit je 10 Min., sodaß sie also insgesamt eine Stunde lang die Versammlung anekeln und provozieren konnten. Das nennt nun Geier in seinem Bericht „Mundtotmachung“. Er selbst sprach nur einige Minuten sachlich über berufliche Bildungsfragen. Bückner jedoch reproduzierte lediglich abgeleierte völkische Hitlerschlagere und bewies damit, daß er sich sein Lebtag die Hände noch keine Stunde mit Gärtnerarbeit schmutzig gemacht hat. Dann sprachen von uns die Kollegen Nowack und Martin sachlich zur Tagesordnung und bewiesen den Verrat von Arbeiterinteressen seitens christlicher Vertreter bei Tarifverhandlungen. Als der Referent das Schlußwort erhielt, setzten die Christen mit Lärm ein. Das lockte einige gleichzeitig im Gewerkschaftshaus tagende Reichsbannerleute an, die von der Tür aus den Auseinandersetzungen zuhörten. Hierauf forderten die christlichen Sekretäre ihre Anhänger zum Verlassen des Saales auf und siehe da, die gesamten christlichen Mitglieder bestanden aus 10 berufstätigen Kollegen und 7 christlichen Sekretären; also ganze 17 Mann verließen von 230 Anwesenden den Saal. Damit würde die ganze Ohnmacht der Christen in Breslau festgestellt. Lügenhafterweise macht Herr Geier aus den 10 Kollegen 40. Die 7 Sekretäre sind zum Teil Gärtner und befinden sich im Angestelltenverhältnis bei der deutschen nationalen Volkspartei, dem Landbund, dem christlichen Landarbeiterverband und ihren Ablegern. Kürzlich zogen sie im Reichstagswahlkampf mit deutschnationalen Freiherren als Arbeiterparadeformation von Versammlung zu Versammlung. Den Unterhalt dieser Sekretäre bestreitet der schlesische Großgrundbesitz und der Landbund, und so was nennt sich Arbeitervertreter!

Unsere schlesischen Kollegen, besonders aber die Breslauer, haben diese im Solde des Unternehmertums stehenden Arbeitervertreter richtig erkannt und ihnen entsprechend geantwortet.
L. Haucke, Dresden.

Noch ein Erfolg vor dem Gewerbegericht.

Eigentlich mehr eine Selbstverständlichkeit als ein Erfolg, aber in der gegenwärtigen Zeit scheint es angebracht, alles zu registrieren, was im Kampfe gegen die rückschrittlichen Bestrebungen der Unternehmer als ein Schritt zum Besseren anzusprechen ist.

Es handelte sich um die Klage eines Kollegen gegen den Gartenarchitekten Moßdorf in Göhrenz. Letzterer hatte die Zuständigkeit des Gewerbegerichts bezweifelt, weil die Landschaftsgärtnerei ebenfalls zur Urproduktion gehöre, ein Standpunkt, der übrigens früher nicht einmal von den ärgsten Reaktionen auf diesem Gebiet vertreten worden ist. Man sieht also, wohin es führt, wenn die Unternehmerorganisation sich derartige Mätzchen erlauben dürfen. Das Gewerbegericht hielt seine Zuständigkeit durch Urteil vom 2. Nov. 1923 (137 G. G. R./23) für gegeben und führte in den Gründen folgendes aus:

Es ist herrschende Rechtsprechung, daß die in den Landschaftsgärtnereien, zu denen besonders auch das gewerbmäßige Anlegen von Parks und Lustgärten gehört, beschäftigten Arbeiter dem siebenten Titel der Gewerbeordnung unterfallen und demgemäß ihre Streitigkeiten gemäß § 3 des Gewerbegerichtsgesetzes vor das Gewerbegericht gehören (vgl. Prentner, Gewerbegerichtsgesetz § 3, Anm. Ia G. G. Leipzig, Entscheidung vom 21. Sept. 1921 und vom 27. Sept. 1918). Aus dem Zusammenhang der gesetzlichen Bestimmungen geht diese Zuständigkeit besonders durch die neue Fassung des § 154 Abs. 1 G. O. durch die Novelle vom 28. Dez. 1908 hervor. Danach finden nur die Bestimmungen der §§ 135 bis 139a G. O. auf Gärtnereien keine Anwendung, wohl aber die anderen hauptsächlichsten Bestimmungen des Titels 7, vgl. Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung S. 31.

Dieses Urteil ist übrigens auch noch von einem anderen Standpunkte aus interessant, weil außerdem die Frage zur Entscheidung stand, ob jemand durch Annahme eines geringeren als Tariflohnes auf seine Ansprüche verzichten könne. Das Gericht kam zu der Auffassung, daß dies für künftige Lohnzahlungen unmöglich wäre, denn der Arbeitgeber hätte sich sagen müssen, daß unter den Schutzbestimmungen der Verordnung über die Tarifverträge eine solche Vereinbarung nicht gültig sein kann.

Außerdem sei der Unterschied zwischen Tariflohn und gezahltem Lohn in der fraglichen Zeit so bedeutend gewesen, daß die Auszahlung eines niedrigeren Lohnes nicht mit Treu und Glauben zu vereinbaren gewesen sei. Da der Kläger überdies, nachdem er vom Abschluß des Tarifvertrages Kenntnis erhalten hatte, sofort seine Ansprüche geltend machte, könne von einem Verzicht nicht die Rede sein, und er habe Anspruch auf die Nachzahlung des Lohnes. Demgemäß wurde Herr Moßdorf zur Nachzahlung des Lohnes verurteilt.

Die Preise fallen!

Staunend stehen unsere Frauen vor den verlockendsten Reklameschildern, die von nie wiederkehrendem Preisabbau, von Warenabgabe unter Einkaufspreis u. dgl. m. erzählen. Aber, oh weh, tritt man erst in die Geschäfte ein, dann sieht man sehr bald, daß das Ganze nur ein Geschäftskniff zur Anlockung von Kunden war. Allein bei Lebensmitteln ist noch ein Aufschlag von 56 % gegenüber Friedenspreisen zu verzeichnen. Man vergleiche.

Jetzt:	Früher:
1 Pfd. Schweinefleisch 1,20 M.	0,85 M.
1 .. Margarine 0,80 M.	0,60 ..
1 .. Butter 2,30 M.	1,30 ..
1 .. Kartoffeln 0,04 M.	0,03 ..
1 .. Rotkohl 0,08 M.	0,04 ..
1 .. Apfel 0,20 M.	0,10 ..
1 .. Kaffee 3,60 M.	1,60 ..
1 .. Brot 0,50 M.	0,50 ..

und so nach Belieben.

Geradezu ungeheuerlich sind die Preise für Textilien:

Jetzt:	Früher:
1 Herrenhemd (Trikot) 3,70 M.	2,50 M.
1 Herrenunterhose (Trikot) 3,75 M.	2,20 ..
1 Herrenmantel 70—100 M.	30—35, ..
1 Damenmantel 30—40 M.	20, ..
1 Kindermantel 20 M.	8—12, .. usf.

Mit diesen Preisen vergleiche man die heutigen Löhne und das Bestreben der Unternehmer, diese am liebsten noch abzubauen. Warum stößt denn die Preissenkungsaktion der Regierung auf solche Widerstände im Kreise der Kartelle und Trusts? Man hat sich eben so an die Konjunkturgewinne der Inflationszeit gewöhnt, daß man davon nicht lassen will und doch kann eine Verbilligung nur durch Beschneidung der Gewinnrate erzielt werden. Keinesfalls ist sie durch Kürzung der Löhne zu erreichen, weil dann die Arbeitsfreudigkeit so leiden müßte, daß an eine Mehrproduktion gar nicht gedacht werden könnte. Überdies beweist gerade die gegenwärtige Übergangszeit, wie notwendig ein kaufkräftiges Publikum im Inlande ist. Das Geschrei über zu geringe Betriebsmittel wird am besten durch die Wahlgelder der Industriellen (2—4 M. je Kopf der Belegschaft) widerlegt. Warum hat man denn während der Inflation alle Gelder verbaut oder in Rohstoffen fest angelegt? Heute wäre man froh, wenn man sie abstoßen könnte, um Bewegungsfreiheit zu bekommen. Alles soll auf Kosten der Arbeiter gehen, Steuern wollen die Herren auch nicht zahlen, die Sozialversicherungen sind ihnen ein Dorn im Auge, kurz und gut: Hier heißt es gewappnet zu sein. Der Einzelne vermag dabei aber nichts, nur der Zusammenschluß aller kann uns die nötige Widerstandskraft gegen solche Gelüste geben. Darum hinein in die Gewerkschaften und selbst mitgearbeitet an seinem eigenen Wohl und Wehe!

Privatgärtnerei

Das Zöllbat der Privat- und Gutsgärtner.

Gegen die Inserate mit dem Zusatz „Gärtner verheiratet und kinderlos“ oder „lediger Gärtner gesucht“ richtete sich die Kritik unseres Verbandes von jeher mit aller Schärfe. Auch die Öffentlichkeit haben wir gegen diese Mißstände des gärtnerischen Inseratenwesens mobil gemacht. In den letzten Jahren hat die Unrast des öffentlichen Lebens wenig Gelegenheit geboten, dieser Angelegenheit die nötige Aufmerksamkeit zu widmen. Beachten wir aber heute den gärtnerischen Arbeitsmarkt, so müssen wir feststellen, daß der Überstand noch oder wieder genau so groß ist, wie in der Vorkriegszeit. Die Ursachen hierfür mögen zu einem Teil darin liegen, daß die Wohnungsbeschaffung Schwierigkeiten bereitet, andererseits sind sie aber zweifellos hauptsächlich darin begründet, daß die Guts- und Villenbesitzer sich lieber einen ledigen Gärtner halten, den sie im Herbst und Winter wieder ohne Schwierigkeiten entlassen können, um einige Monate die Ausgaben zu sparen. Zwar eine grundfalsche Methode, aber sie wird geübt.

Bei der Zunahme dieses Übels ist es aber nötig, daß wir uns in aller Öffentlichkeit wieder mit dieser Frage beschäftigen. Es ist Aufgabe der Versammlungen unserer Privatgärtnervereinigungen, dieses Thema zu behandeln, wobei dafür Sorge getragen werden muß, daß auch die Öffentlichkeit unterrichtet wird.

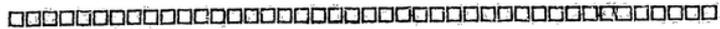
An einigen Beispielen aus neuester Zeit wollen wir zeigen, wie trostlos der Arbeitsmarkt der Privat- und Gutsgärtnerei für verheiratete Kollegen ist.

Die Zeitschrift „Kleintierzucht und Gartenbau“, Organ der Landwirtschaftskammer Pommern, unterhält einen Stellenmarkt. In Nr. 41 vom 11. Oktober d. Js. werden 13 offene Stellen für Ledige und nur eine für einen Verheirateten angeboten. Stellung suchen aber 27 Verheiratete, zwei, die sich verheiraten wollen, zwei Witwer und 6 Ledige.

Im „Praktischen Ratgeber“, Frankfurt a. d. Oder vom 10. November d. Js. finden sich 9 Stellenangebote für gärtnerisches Personal, von denen 3 für Ledige und 5 für Gärtnerinnen, die natürlich auch ledig sein müssen; es suchen aber 9 Gärtner Stellung, wovon 7 verheiratet sind. Im Arbeitsmarkt Nr. 45 des „Deutschen Erwerbsgartenbaues“ werden 29 offene Stellen angeboten, von denen 23 für Ledige bestimmt sind.

Alle Fachzeitungen, die einen Arbeitsmarkt haben, sollten neben der Notiz, in der darauf aufmerksam gemacht wird, daß Stellensuche nur dann befördert werden, wenn Rückporto beiliegt, eine andere Notiz folgenden Inhalts in Fettdruck bringen:

„Sichere Aussicht, Stellung zu bekommen, haben nur solche verheiratete Gärtner, die schnellstens Ehescheidung herbeiführen. Junge Gärtner verbessern ihre Aussicht auf Lebensstellung, wenn sie sich rechtzeitig kastrieren lassen.“



Freiheit.

Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen,
 Sie wird von außen nicht erstrebt,
 Wenn nicht zuerst sie selbst tief innen
 Im eignen Busen dich belebt.
 Willst du den Kampf, den großen, wagen,
 So setz' zuerst dich selber ein;
 Wer fremde Fesseln will zerschlagen,
 Darf nicht sein eigner Sklave sein.
 Nur reinen Herzen, reinen Händen
 Gebührt der Dienst im Heiligtum;
 Der Freiheit Werk rein zu vollenden,
 Dies, deutsches Volk, dies sei dein Ruhm.
 Die Lüge winkt, die Schmeichler locken,
 Mit seiner Kette spielt der Knecht:
 Du aber wandle unerschrocken,
 Und deine Waffe sei das Recht!

Robert Prutz.



Lehrlings- und Bildungswesen

Lehrlingsausbildung, nicht Ausbeutung.

(Entscheidung des preußischen Handelsministers.)

Der amtliche Pressedienst meldet: „Aus Anlaß eines Einzelalles, wobei eine Industrie- und Handelskammer wiederholt die Verlegung des Berufsschulunterrichts außerhalb der Arbeitszeit mit der Begründung gefordert hatte, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage die stärkste Anspannung aller Kräfte notwendig sei und den Betrieben keine unproduktiven Lasten aufgebürdet werden dürften, wobei ferner eine Übertragung des Unterrichts an nebenamtliche Kräfte außerhalb der Arbeitszeit im Interesse der „Verbilligung des Schulbetriebs“ als vorteilhaft bezeichnet wurde, sieht sich der Minister für Handel und Gewerbe veranlaßt, in einem Erlaß seine grundsätzliche Stellung zu diesen Fragen darzulegen. Er erklärt zunächst, daß er diesen Ausführungen nicht zustimmen vermöge und begründet dies folgendermaßen:

Die Erfahrung hat gezeigt, daß junge Leute nach Beendigung ihrer regelmäßigen Arbeitszeit im allgemeinen nicht in der Lage sind, dem Unterricht mit Nutzen zu folgen. Die Entwicklung des Berufsschulwesens ist deshalb unter ständiger Mitwirkung von Handwerk, Handel und Industrie dahingegangen, den Unterricht in die Tageszeit zu verlegen, hauptamtliche, zweckmäßig vorgebildete Lehrkräfte für den Unterricht zu gewinnen und eigene Gebäude und Einrichtungen für die Berufsschulen zu schaffen. Gewiß werden dadurch die Kosten höher, aber erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist in größeren Verhältnissen ein fruchtbarer Unterricht möglich, der die Opfer an Zeit und Geld lohnt und die Ausbildung eines leistungsfähigen, hochwertigen Nachwuchses wesentlich fördert.

Es ist sehr erfreulich, daß gerade die Großindustrie immer mehr dazu übergeht, der Ausbildung ihrer Facharbeiter erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und unter erheblichen Aufwendungen vorzüglich eingerichtete Werkschulen zu schaffen. Das gleiche gilt für die Reichseisenbahn, die ein vorbildliches Werksschulwesen entwickelt hat. Die Arbeiten des Deutschen Ausschusses für das Technische Schulwesen und des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen zeigen, daß weitblickende Praktiker zusammen mit Männern der Schule und der Verwaltung für den Ausbau der beruflichen Ausbildung erfolgreich gewirkt haben und noch wirken. Die Anstrengungen, die in neuerer Zeit Amerika, England, Belgien, Italien, Frankreich und andere Länder auf dem

Gebiete des Berufs- und Fachschulwesens machen, sind eine Mahnung, daß Deutschland nicht stillstehen darf, sondern zielbewußt weiter arbeiten muß, wenn es seine Wettbewerbsfähigkeit erhalten will.

Der Minister verkennt dabei keineswegs, daß sich aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage besonders große Schwierigkeiten ergeben, die nur überwunden werden können, wenn Unternehmer und Arbeiter ihr Bestes leisten. Aber diese Anspannung darf nicht so weit gehen, daß ein Raubbau an der Volkskraft eintritt und die notwendigen Opfer für die Erziehung des Nachwuchses unterbleiben.

Die schulärztlichen Erhebungen des Volkswohlfahrtsministers haben gezeigt, in wie erschreckendem Maße die Widerstandskraft der Jugend durch die Entbehrungen der Kriegszeit und der Nachkriegszeit geschwächt ist. Auch aus diesem Grunde ist eine Verlegung des Unterrichts in die Abendstunden abzuweisen.

Die Abweisung durch den preußischen Handelsminister Siering ist erfreulich. Sie liegt eigentlich im wohlverstandenen Interesse der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie, die auf einen leistungsfähigen Nachwuchs angewiesen ist. Aber was kümmert dies jene Industrie- und Handwerkskammer? Sie erblickt ihre Aufgabe in der Verfechtung des heiligen Profits, der über Leichen geht. Freilich bei einer deutschnational-volksparteilichen Regierung in Preußen fände sie zweifellos „Entgegenkommen“.

Ergebnis der Gärtner-Lehrlingsprüfungen in der Provinz Brandenburg im Herbst 1924.

V = sehr gut; IV = gut; III = ziemlich gut; II = genügend; I = ungenügend.

Nr.	Prüfungsort	V.	IV.	III.	II.	I.	insgesamt
1.	Angermünde			1	3	1	5
2.	Berlin-Britz			2	4		6
3.	„ -Lankwitz		1	1	3		5
4.	„ -Lichtenberg		1	2	2		5
5.	„ -Marienfelde	1		1	1	2	5
6.	„ -Mitte	1	1		2	1	5
7.	„ -Spandau				4	1	5
8.	„ -Zehlendorf	1	1	3	6	2	13
9.	Cottbus			1	4	1	6
10.	Eberswalde		1	1	1		3
11.	Frankfurt a. O.			3	2	1	6
12.	Ketzin a. H.			3	3		6
13.	Luckau		2	1	2		5
14.	Prenzlau				4		4
15.	Behnitz b. Soldin				1	5	6
		3	7	19	42	14	85

Von 89 zur Prüfung gemeldeten Lehrlingen waren 4 zur Prüfung nicht erschienen oder nicht zugelassen; von den verbleibenden 85 Prüflingen erhielten das Zeugnis: sehr gut 3 = 3,5 %; gut 7 = 8,2 %; ziemlich gut 19 = 22,4 %; genügend 42 = 49,4 %; ungenügend 14 = 16,5 %.

Gartenmeisterprüfungen im Freistaat Sachsen.

Der Ausschuß für Gartenbau beim Landeskulturrat Sachsen führt mit dem Jahre 1925 Gartenmeisterprüfungen ein, die ersten dieser Art im Deutschen Reiche. Sie haben den Zweck, tüchtigen Obergärtnern im reiferen Alter, die keine Gärtnerlehranstalt oder Gartenbauschule besucht haben und solchen, die zwar eine solche Anstalt besucht haben, nach der Verordnung des Sächsischen Wirtschaftsministeriums vom 27. Mai 1922 (SGBI. S. 203) zu den staatlichen Prüfungen in Pillnitz aber nicht zugelassen werden können, Gelegenheit zu geben, den Nachweis zu erbringen, daß sie sich das Mindestmaß gärtnerischer Erfahrungen und Kenntnisse angeeignet haben, das zur erfolgreichen Ausfüllung einer Gartenmeisterstellung oder einer ähnlichen gehobenen, leitenden Stellung erforderlich ist. Mit Einführung dieser Fachprüfung wird nicht nur einem Wunsche der gärtnerischen Beamtenschaft Sachsens entsprochen, sondern es wird auch der Aufbau des gärtnerischen Prüfungswesens beendet. Es gibt also nunmehr in Sachsen für Gärtnerlehrlinge die Gehilfenprüfung, für Gärtnergehilfen die Obergärtnerprüfung, für Obergärtner die Gartenmeisterprüfung.

Zur Gartenmeisterprüfung wird nur zugelassen, wer die Obergärtnerprüfung bestanden hat, wenigstens eine zwölfjährige gärtnerische Praxis nachweisen kann und mindestens 28 Jahre alt ist. Die neue Prüfung ist also nicht nur für Fachleute im Beamtenverhältnis bestimmt, sondern für jeden Gärtner, der die Voraussetzungen zur Zulassung erfüllt, vor allem auch für Privatgärtner. Anmeldungen zur Prüfung sind bis zum 1. Januar 1925 beim Ausschuß für Gartenbau, Dresden-A., Sidonienstraße 14, zu bewirken. Die Prüfungsgebühr beträgt 25 R.-M. Wer die Prüfung bestanden hat, ist berechtigt, sich als „Geprüfter Gartenmeister“ zu bezeichnen, worüber er eine Urkunde erhält. Alles nähere geht aus den Prüfungsbestimmungen hervor, die vom Gartenbauausschuß für 0,20 M. bezogen werden können.

Berichte

Unser „Gärtnerei-Fachblatt“ im Urteil Außenstehender.

Unser Verlag erhielt am 11. November 1924 vom Garteninspektor Steinberger des Botanischen Gartens der Universität Marburg folgendes Schreiben:

„Für die Übersendung der Probenummer des Fachblattes danke ich Ihnen verbindlich, ich habe es sofort bei der Post bestellt. Ich beglückwünsche Schriftleitung und Geschäftsstelle dazu, daß Sie das Blatt wieder erscheinen lassen können und wünsche Ihrer Arbeit den besten Erfolg. Ich persönlich schätze das Fachblatt sehr und freue mich, daß darin mancher zu Worte kommt, der sonst den Weg in die Öffentlichkeit nicht findet. Ich werde gern dazu beitragen, Ihre wertvolle Zeitschrift weiter zu empfehlen.“

Wir freuen uns natürlich über dieses Lob, das unserer Bildungsarbeit hier gespendet wird und hoffen, daß auch diejenigen Kollegen, die noch nicht Leser des „Gärtnerei-Fachblattes“ sind, sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen werden, für den billigen Preis von 1,50 M. je Vierteljahr ein so gut ausgestattetes Fachblatt sich zu halten und damit ihr Wissen zu bereichern.

Unmenschliche Behandlung eines Gehilfen.

Ein roher Patron ist der Gärtnereibesitzer Max Voigt aus Kotzschbar bei Zwenkau. Seine Handlungsweise gewinnt dadurch ein besonderes Gesicht, daß Voigt bürgerlicher Gemeindeältester und unter anderem auch Vorsitzender des Bezirksschulvorstandes ist, also vorbildlich zur Erziehung und Bildung beitragen soll. Dieser Herr schlug ohne triftigen Grund seinen 17-jährigen Gehilfen infolge Angeberei seines Sohnes. Daraufhin reichte der Gehilfe seine Kündigung ein, versah aber seinen Dienst bis zum vorgeschriebenen Zeitpunkt weiter. Der Tag kam heran, der Kollege bat um seine Papiere, wurde aber unter Androhung von Schlägen zurückgewiesen. Einige Tage darauf kehrte der Gehilfe mit einem anderen Gehilfen Voigts zurück. Ehe er aber seine Bitte um Papiere und Sachen ausgesprochen hatte, bekam er einen Schlag ins Gesicht und einen Fußtritt, daß er lang hinschlug. Wenn nicht die Tochter beschwichtigend hinzugetreten wäre und mit dem inzwischen nachgekommenen Gehilfen den Verletzten in seine Kammer hinaufgetragen hätte, wären sicher noch mehr Schläge des jähzornigen Unternehmers erfolgt. Dem älteren Gehilfen wurde das Haus verboten, worauf dieser zum Bürgermeister des Ortes, welcher gleichzeitig Polizeigewalt hat, lief. Dieser wollte zunächst nicht eingreifen, ging aber auf allgemeines Drängen schließlich doch zum Gärtner Voigt, desgleichen 3 Gemeindevertreter. Auf Verhandlung ließ sich jedoch Herr Voigt gar nicht ein, und zwei der Anwesenden mußten wieder gehen, um sich nicht des Hausfriedensbruches schuldig zu machen. Der herbeigerufene Wachmeister Schubert aus Zwenkau meinte: „Auf ähnliche Art und Weise so ein bißchen Hiebe würden oftmals gar nicht schaden!“ Am nächsten Morgen 2,30 Uhr wurde der kranke Gehilfe vom Dienstmädchen geweckt mit der Weisung, bis 4 Uhr das Haus zu verlassen, falls er sich nicht des Hausfriedensbruches schuldig machen wolle. Ohne Gehalt und Sachen fuhr er mit geborgtem Geld zu seinen Eltern.

Die Unternehmer werden immer dreister! Der Arbeiter, der sich die unerhörten Mißhandlungen dieses Rohlings nicht gefallen läßt, fliegt auf die Straße. Anscheinend kümmert sich um derartige Fälle keine Justiz; die Arbeiter müssen sich derartigen Elementen gegenüber selbst schützen, und des geschieht am besten durch einen straffen Zusammenschluß in ihrer Organisation.

Ausland

Anatole France †.

Am 12. Oktober ist Anatole France nach langem Todeskampfe in Tours gestorben. In ihm schied der bedeutendste Schriftsteller und Dichter Frankreichs, ein Sozialist voll tiefen, inneren Pflichtgefühls, aus dem Leben. Mit einer Reihe sorgfältiger Romane und meisterhafter Novellen begründete er seinen Ruf als hochtalentierter Schriftsteller, der mit sicherem Blick Menschen und Dingen tief in die Seele schaute. Die Schöpfungen in der zweiten Lebenshälfte, große antibürgerliche Romane, in klassischer Form die Ideen des Sozialismus verherrlichend, verschafften dem Namen Anatole France Weltruf. Sein ganzes Schaffen wurzelte in der geistigen Aufklärung der Menschheit, um sie reifer und vollkommener zu machen für ein neues, höheres Menschentum im Sinne des Sozialismus. Um deswillen steht das Proletariat der ganzen Welt trauernd an der Bahre Anatole Frances, dieses Großen im Reiche des Geistes.

Rundschau

Die Umgestaltung des Reichsindex.

Im Statistischen Reichsamte fand am 2. Dezember wieder eine Sitzung der Reichsindexkommission statt. Sie beschäftigte sich mit der grundsätzlichen Weiterbildung des Index, dessen Unzu-

länglichkeit sich gerade bei der letzten Teuerungswelle drastisch gezeigt hat, sodaß man schon vom „eingefrorenen“ Index sprach.

Die von allen Seiten gemachten Vorschläge werden jetzt von einem engeren Arbeitsausschuß geprüft, dem für die freien Gewerkschaften Heinig und Dr. Völte r angehören. Im übrigen werden die Gewerkschaften ihre Stellung zum Reichsindex so deutlich formulieren, daß eine mißbräuchliche Anwendung der Ziffer durch die Unternehmer für die Zukunft unmöglich wird.

Gewerkschaften und Handelsvertragsverhandlungen.

Die Gewerkschaften hatten unter der Führung des ADGB, in der letzten Zeit sowohl mit dem Reichswirtschaftsministerium wie mit dem Auswärtigen Amt über die Frage der Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern zu den Handelsvertragsverhandlungen verschiedene Besprechungen. Daraufhin wurde dem ADGB und den übrigen gewerkschaftlichen Spitzenverbänden vom Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß die Reichsregierung bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen der Forderung der Gewerkschaften entgegenkommen wird. Die Gewerkschaften sollen nunmehr ihre Vertreter benennen, damit ihnen zu gegebener Zeit die Einladung zu den Verhandlungen zugehen kann. Damit hat die Reichsregierung nachgeholt, was sie von allem Anfang an nicht nur aus Gründen der Billigkeit, sondern auch im Interesse der Handelsvertragsverhandlungen selbst hätte tun müssen.

Erfreuliche Belebung der Bautätigkeit in Preußen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, ist in der letzten Zeit infolge der Erträge der Hauszinssteuer überall eine steigende Zunahme der Bautätigkeit zu beobachten. Einzelne Zweige des Baugewerbes sind durch Neubauten und Instandsetzungsarbeiten sogar schon überbeschäftigt, so daß sich bereits ein Mangel an gelernten Facharbeitern bemerkbar macht. Was das für die vielen Wohnungsuchenden und die gesamte Volkswirtschaft bedeutet, ist klar. Denn kein Gewerbebezug befruchtet so viele andere wie das Baugewerbe. Auch die Landschaftsgärtnerei kann davon nur profitieren.

Was ist der „Bücherkreis“?

Er ist eine hoffnungsreiche Gelegenheit des billigen Bezuges von Büchern, deren Inhalt den besonderen Wünschen der werktätigen Bevölkerung der Republik entspricht. Weite Kreise wollen neben der politisch informierenden Literatur auch Werke der schönen Literatur, sowie Werke wissenschaftlichen und kulturgeschichtlichen Inhalts, zu gleich billigen Preisen haben und mit dem dichterischen Schaffen der ernsthaften Autoren unserer Zeit in Fühlung sein, sofern dieses ihrem Denken und Fühlen entspricht. „Der Bücherkreis“ stellt die sichere materielle Grundlage für das in dieser Richtung sich bewegende Bildungsbüchlein dar: für den billigen Beitrag von 1,— M. pro Monat werden den Teilnehmern — zunächst — vier Bücher des gekennzeichneten Inhalts geliefert. Auch rein äußerlich werden die zur Ausgabe kommenden Werke allen Anforderungen des Geschmacks genügen.

Wo noch keine Zahlstelle geschaffen ist, ist dringend zu empfehlen, eine solche ins Leben zu rufen. Die Hauptgeschäftsstelle „Der Bücherkreis“, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, ist angewiesen, beratend und helfend bei der Gründung von Zahlstellen zur Seite zu stehen. An die genannte Hauptgeschäftsstelle können auch Beitrittserklärungen einzelner eingereicht werden. „Der Bücherkreis“ ist ein Ausdruck des Kulturwillens des werktätigen Volkes. Es ist nötig, seinen Ausbau zu fördern!

Bekanntmachungen

Warnung!

Der Gärtner Fr. Töpfer, früher in Altona, versucht in Hamburg, Altona und Umgegend Geld von den Kollegen an den Arbeitsstellen zu erschwindeln. Er gibt meist an, daß er in Harburg Arbeit habe und Fahrgeld brauche, oder daß er eine andere Wohnung bekommen hätte und diese gleich bezahlen müßte.

Es ist Töpfer gelungen, bei einem ganzen Teil Kollegen auf diese Weise Geld zu bekommen. Wir fordern deshalb alle Kollegen auf, an den Arbeitsstellen überhaupt keine Unterstützung zu geben, weil sie meist nur in die Hände von Unorganisierten geraten. Zu unterstützen sind immer nur die evtl. im Umlauf befindlichen Sammellisten anerkannter Organisationen.

Gau Königsberg: Das Büro der Gau- und Ortsverwaltung befindet sich jetzt im Gewerkschaftshaus, Vorder-Robgarten 61/62, Zimmer 17. Die Mitgliederversammlungen der Verwaltung finden regelmäßig jeden Mittwoch nach dem ersten im Restaurant „Bergesrand“, Bergplatz, statt.

Sterbetafel

Gestorben ist das Mitglied der Verwaltung Hamburg, der Kollege Wilhelm Wriedt, Wandsbek, im Alter von 58 Jahren. — Im November verstarben folgende Mitglieder der Verwaltung Groß-Berlin: der Kollege Richard Laubsch im jugendlichen Alter von 19 Jahren (Mitglied als Lehrling seit 1. Febr. 1922) und der Kollege Hermann Ratsch, Bezirk Weißensee, im Alter von 59 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

